



Presseschau vom 15.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: **Keine Russophobie in Deutschland? Eine Wahrnehmung der Regierung, die staunen lässt**

Aus Sicht der Bundesregierung und ihres scheidenden Beauftragten für Aussiedler und nationale Minderheiten Bernd Fabritius gibt es in Deutschland kein besonderes Problem mit Russenfeindlichkeit. Bei Berichten darüber handele es sich um "Desinformation, Lügen und Propaganda", so der Sprecher des Innenministeriums in der Bundespressekonferenz. ...

<https://kurz.rt.com/2wwb> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Armeegeneral Dwornikow – ein passender Kommandeur für die zweite Etappe**

Der Sondereinsatz des russischen Militärs in der Ukraine wird nach verschiedenen Quellen von einem neuen Mann geleitet: Alexander Dwornikow. Was soll der durch Einsätze im Syrienkrieg und dem zweiten Tschetschenienkrieg bekannte Armeegeneral bewirken? Und warum kann er es bewirken? ...

<https://kurz.rt.com/2x2e> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Partituren dürfen nicht brennen!**

Eine antirussische Hysterie, die über die Welt hereinbricht, wird zum absurden Theater und hat bereits die Sphären von Kunst und Kultur erreicht. Der russische Botschafter in Österreich, Dmitrij Ljubinski, sieht die Entwicklung mit Sorge. Gibt es bald Scheiterhaufen, auf denen erneut Meisterwerke brennen? Diesmal der russischen Literatur, Musik und Kunst?

...

<https://kurz.rt.com/2wru> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: **US-Geheimdienste belügen zum Ukraine-Krieg die Öffentlichkeit und auch die Regierung**

Die US-Geheimdienste haben ihre eigene Glaubwürdigkeit durch die Enthüllung ihrer Ukraine-Politik zerstört: Desinformation gegen einen Feind zu verwenden, ist eine Sache. Sie jedoch an die eigene Öffentlichkeit und Entscheidungsträger weiterzugeben, ist ein anderes Kaliber. ...

<https://kurz.rt.com/2ww1> bzw. [hier](#)

Geworg Mirsajan: **Warschau – blindes trojanisches Pferd der USA in Europa rächt sich an Moskau für Verlust der Ukraine**

Dass Warschaus Reaktion auf Moskaus Ukraine-Kampagne drastischer ausfällt als die der anderen Weststaaten, hat einen Grund: Polen verliert mit dem Wegfall der Ukraine als seines Einflussgebiets sowohl an Status in der EU als auch an Bedeutung für den Strippenzieher USA. ...

<https://kurz.rt.com/2x4b> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Fake News über Fake News – oder: Der Verfassungsschutz spielt stille Post**

Nicht immer haben Meldungen – oder gar Meinungen zu Meldungen – viel mit der Wirklichkeit zu tun, die sie beschreiben wollen. Ein Artikel zu "Falschnachrichten der russischen Botschaft" liefert dafür ein hübsches Beispiel. Fake News über Fake News eben ...

<https://kurz.rt.com/2x2u> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:10 de.rt.com: **Russisches Innenministerium: Streitkräfte der Ukraine betreiben Callcenter für Telefonterrorismus in Russland**

Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti [meldet](#), dass Falschmeldungen über Terroranschläge in Russland in nächster Zeit weiter zunehmen werden. Das ukrainische Militär habe zu diesem Zweck spezielle Callcenter eingerichtet, heißt es auf der Medien-Website des Innenministeriums.

"Es besteht Grund zu der Annahme, dass in naher Zukunft die Aktivitäten von Kriminellen im Zusammenhang mit der Verbreitung falscher Warnungen vor Terroranschlägen weiter zunehmen werden. Bei der Internet-Überwachung wurde festgestellt, dass die ukrainischen Streitkräfte damit begonnen haben, auf dem Territorium unseres Landes Callcenter speziell für Telefonterrorismus einzurichten, und dass sie derzeit über Anzeigen Mitarbeiter mit Russischkenntnissen für diese Arbeit rekrutieren. Zu den Anforderungen an die Bewerber gehören außerdem Motivation und der Wunsch, sich an Russland zu rächen", heißt es in der Erklärung.

Das Ministerium habe festgestellt, dass sich die Zahl der Fälschungen von Terroranschlägen in Russland innerhalb eines Monats seit Beginn des Krieges in der Ukraine mehr als verdreifachte und auf 2.172 stieg. Vom 1. Januar bis zum 24. Februar 2022 wurden rund 1.200 Strafverfahren wegen falscher Meldungen über terroristische Handlungen eingeleitet.

Alle Fakten der gefälschten Berichte über terroristische Handlungen werden sorgfältig aufgezeichnet, und für jeden dieser Fälle wird ein Strafverfahren eingeleitet. Außerdem wird daran gearbeitet, falsche Bombenleger zu identifizieren. Alle Informationen über Telefonnummern, Domains, E-Mail- und IP-Adressen, die von den Tätern verwendet werden, werden aufgezeichnet und analysiert.

Im Innenministerium wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Bekämpfung dieser Bedrohungen befasst, und den Gebietskörperschaften wurden Empfehlungen für den Umgang mit solchen Straftaten übermittelt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6258540d48fbef13111b1968.jpg>

22:38 (21:38) novorosinform.org: **Infolge des Beschusses des Dorfes Klimowo bei Brjansk durch ukrainische Streitkräfte wurden etwa 100 Häuser beschädigt**

Der Gouverneur der Region Brjansk, Alexander Bogomas, sagte, das ukrainische Militär wisse, dass es einen Wohnsektor beschieße.

Das erklärte der Leiter der Region in einer Sendung des Fernsehsenders „Russland 24“, teilt [RIA Novosti](#) mit.

Nach Angaben von Bogomas wurden im Dorf Klimowo etwa 100 Häuser durch den Beschuss des ukrainischen Militärs beschädigt, zwei Wohnhäuser brannten vollständig ab.

„Sie wussten, wohin sie schossen, und sie schossen auf den Wohnsektor. Neun Granaten schlugen dort ein ... Zwei Häuser brannten vollständig nieder und etwa 100 Häuser erlitten Schäden unterschiedlichen Ausmaßes“, sagte der Gouverneur.

Er sagte auch, dass bei dem Beschuss des Dorfes Klimowo in der Region Brjansk eine 70-jährige Frau ihr Bein verloren und ein knapp zweijähriges Kind eine durchgehende Wunde am Kopf erlitten habe. Insgesamt sieben Menschen wurden bei dem Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine verletzt, zwei von ihnen befinden sich in ernstem Zustand.



https://novorosinform.org/content/images/29/63/42963_720x405.jpg

21:40 de.rt.com: **Selenskij will sieben Milliarden US-Dollar Finanzhilfe pro Monat von der EU**

Wie Bloomberg berichtet, soll Wladimir Selenskij der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, mitgeteilt haben, dass Kiew sofortige Finanzhilfe in Höhe von sieben Milliarden US-Dollar pro Monat benötige, um Sozialleistungen und Gehälter abzudecken.

"Die Ukraine braucht sieben Milliarden Dollar pro Monat an sofortiger Finanzhilfe, um Sozialleistungen und Gehälter zu decken."

Im Jahr 2021 belief sich der Gesamthaushalt der Ukraine auf rund 60 Milliarden US-Dollar, d.h. etwa fünf Milliarden pro Monat.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62585b1eb480cc772340f71e.jpg>

21:50 de.rt.com: **Niederlande verbieten ihren Unternehmen Bezahlung von Gas in Rubel**

Die EU-Kommission sieht in der Bezahlung von Gas in Rubel einen Verstoß gegen die Sanktionen. Die Niederlande erklärten, sie seien zwar bereit, die Lieferungen einzustellen. Es

werde für das Land allerdings schwierig sein, sich ohne russisches Gas auf den nächsten Winter vorzubereiten.

Die niederländische Regierung hat die Energieunternehmen angewiesen, die neuen Bedingungen für den Bezug von russischem Gas abzulehnen. Dies berichtete Bloomberg unter Berufung auf einen Vertreter des Wirtschaftsministeriums des Landes.

Die Regierung erklärte, Amsterdam stimme mit dem Urteil der Europäischen Kommission überein, dass die Überweisung von Zahlungen an Gazprom in Rubel gegen die Sanktionen verstoßen würde. Der Sprecher der Behörde sagte:

"Das bedeutet, dass niederländische Unternehmen diesen Bedingungen nicht zustimmen dürfen."

Das niederländische Wirtschaftsministerium erklärte außerdem, dass sich das Königreich in den vergangenen zwei Monaten auf eine vollständige Abschaltung der Gasversorgung vorbereitet habe, indem es seine Kapazitäten für den Import von Flüssigerdgas verdoppelt habe. Das Land führe darüber hinaus eine Energiesparkampagne durch. Gleichzeitig wies der Vertreter des niederländischen Ministeriums darauf hin, dass das Land ohne Lieferungen aus Russland Schwierigkeiten haben werde, die Lager vor dem nächsten Winter zu füllen.

Bloomberg stellte fest, dass die niederländische GasTerra einen Vertrag mit Gazprom bis Oktober dieses Jahres hat, während ein anderes Unternehmen, Eneco, Brennstoff von der deutschen Wingas GmbH kauft, die Teil von Gazprom Germania ist. Gazprom hatte seine Beteiligung an letzterem Unternehmen indes am 1. April beendet. Nach Angaben des Nachrichtenportals hatte Gazprom im ersten Halbjahr 2021 noch 4,2 Milliarden Kubikmeter Gas in die Niederlande geliefert. Die Niederlande kaufen auch russisches Flüssigerdgas, für das die Bezahlung nicht in Rubel umgerechnet wurde. Insgesamt entfallen 20 Prozent der niederländischen Gaseinfuhren auf Russland.

Nach Angaben von Gazprom gehörte das Königreich im Jahr 2020 mit 11,8 Milliarden Kubikmetern zu den größten Abnehmern von russischem Gas in Europa.

Die Europäische Kommission hatte die EU-Länder zuvor gewarnt, dass die Bezahlung von Gas in Rubel gegen die Sanktionen verstoßen würde. Sie legte eine rechtliche Analyse vor, wonach der neue Mechanismus Russland die vollständige Kontrolle über die Transaktionen durch die Zentralbank ermöglichen würde. Auch gegen die Restriktionen gegenüber Russland würde verstoßen werden. Zuvor hatte die EU darauf hingewiesen, dass die Bedingungen von Verträgen, in denen Brennstoffzahlungen in Euro oder Dollar erfolgen, eingehalten werden sollten.

Wladimir Putin hatte Ende März verfügt, Zahlungen für Erdgas an unfreundliche Länder in Rubel umzurechnen. Er erklärte, die westlichen Währungen hätten sich selbst kompromittiert. Nach den neuen Regeln müssen westliche Unternehmen bei der Gazprombank ein Währungs- und Rubelkonto eröffnen. Ein europäischer Käufer überweist Geld auf das Fremdwährungskonto, und dann verkauft die Bank die Währung an der Börse und schreibt das Geld auf dem Rubelkonto gut. Erst dann wird die Zahlung als abgeschlossen betrachtet. Am 14. April erklärte Putin, dass Banken aus unfreundlichen Ländern die Überweisung von Energiezahlungen verzögern würden, was zu Unterbrechungen bei den Zahlungen für Exporte geführt habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625839e9b480cc2e293cd3be.jpg>

22:16 de.rt.com: **EU-Kommission: "Zahlung für Russlands Erdgas in Rubel verstößt gegen Sanktionen"**

Medienberichten zufolge hat die EU-Kommission ihre Mitgliedsstaaten vor einer Umgehung der Russlandsanktionen gewarnt, nachdem Putin mehrere Staaten aufgefordert hatte, russisches Gas in Rubel zu zahlen. Dies zu befolgen sei ein Verstoß gegen das Sanktionsregime.

Die Europäische Kommission hat ihren Mitgliedsstaaten eine vertrauliche Analyse von Putins Dekret vorgelegt, worin der russische Präsident sogenannten "unfreundlich gesinnten Staaten", die Sanktionen gegen Russland mittragen, den Kauf von Erdgas aus Russland ausschließlich in der russischen Landeswährung gestattet. Dies schreibt die US-Finanznachrichtenagentur Bloomberg mit Verweis auf "eine mit der Angelegenheit vertraute Person".

Eine Befolgung von Putins Dekret in der Form, wie die russische Gazprombank es westlichen Kunden ermöglicht beziehungsweise erleichtert, würde gegen die bestehenden und im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt gegen Russland verhängten Sanktionen verstoßen. Außerdem würde sich für diese Kunden die Rechtslage ändern, hieß es.

Ende März hatte Wladimir Putin die Gazprombank sowie die Regierung und die Zentralbank der Russischen Föderation angewiesen, die Bezahlung für Erdgaslieferungen aus Russland an unfreundlich gesinnte Staaten auf Rubel umzustellen. Der Staatschef unterzeichnete daraufhin ein entsprechendes Dekret und erklärte, Moskau werde es als Nichterfüllung der Verpflichtungen aus den Lieferverträgen betrachten, falls die Partner ab dem 1. April nicht in Rubel zahlen.

Für die Kunden sind die neuen Zahlungsmodalitäten leicht umsetzbar. Die Gazprombank wird zwecks Zahlungsempfang von ausländischen Erdgaskäufern spezielle Fremdwährungs- und Rubelkonten für diese eröffnen. Auf diese Konten können die Käufer ihre Zahlungen in der im Liefervertrag angegebenen Währung überweisen, die Bank handelt mit den Devisen dann an der Moskauer Börse und nimmt daraufhin die Abrechnung in Rubel mit dem Gasversorger vor.

Laut der vorläufigen Analyse durch die Kommission, die Anfang des Monats erstmals intern verbreitet worden sei, ändere Putins Dekret das bisherige Verfahren erheblich. In der Tat werde damit eine gänzlich neue Rechtslage geschaffen, kommentierte der anonyme Gesprächspartner gegenüber Bloomberg: Nun hätte die russische Seite unter Kontrolle, wann genau die Transaktion als abgeschlossen gelte und der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen sei. Auch die Kontrolle über den Wechselkurs läge in diesem Fall bei Moskau.

Sanktionsumgehung gleich Sanktionsverstoß

Nicht zuletzt würde der umschriebene Mechanismus gegen die restriktiven Maßnahmen verstoßen, die die EU als Reaktion auf Moskaus militärischen Sondereinsatz in der Ukraine verabschiedet habe. Das Verfahren könne sich nicht nur auf die Wirksamkeit der über die russische Regierung, die russische Zentralbank und deren Bevollmächtigten verhängten Sanktionen niederschlagen, sondern auch Auswirkungen auf andere Verbote verschiedener Geldmarktinstrumente haben, die von der Gazprombank ausgegeben werden. Die Erdgaskäufer stecken somit in einer Zwickmühle und müssen die Wahl zwischen einem Verstoß gegen die EU-Sanktionen und einer ungedeckten Nachfrage abwägen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625831c148fbef15507875f7.jpg>

22:30 de.rt.com: **Russland wird Rückkehr der aus Mariupol evakuierten bulgarischen Seeleute organisieren**

Die russische Seite werde für die sichere Rückkehr der bulgarischen Seeleute vom Schiff "Zarewna" sorgen, die am Mittwoch unter Beteiligung von Kämpfern der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk von Mariupol nach Donezk evakuiert worden waren. Dies erklärte Eleonora Mitrofanowa, die russische Botschafterin in Sofia. Ihr zufolge steht die Situation rund um die Rettung der bulgarischen Seeleute ständig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Diplomaten:

"Am 13. April wurden 15 Besatzungsmitglieder des Schiffes Zarewna – 14 von ihnen bulgarische Staatsbürger – nach Donezk evakuiert. Ich möchte Ihnen versichern, dass die russische Seite alles Notwendige tun wird, um ihre Sicherheit und spätere Rückkehr zu gewährleisten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6258767fb480cc76e56dce8d.jpg>

1:12 (0:12) novorosinform.org: **Das Ministerium für Staatssicherheit der LVR nahm einen**

weiteren OSZE-Mitarbeiter wegen Spionage fest

Unter dem Verdacht, Informationen an Vertreter ausländischer Geheimdienste weitergegeben zu haben, nahmen Mitarbeiter des MfS der LVR einen weiteren Vertreter der OSZE-Sonderbeobachtermission fest.

Dies teilte der Pressedienst der Behörde mit, informiert "Luganskinformzentr".

Wie es in der Mitteilung heißt, werde ein Mitarbeiter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der in der LVR tätig war, einer Straftat nach Artikel 335 des Strafgesetzbuches der LVR („Hochverrat“) verdächtigt. Mitarbeiter des MfS der LVR nahmen diesen Vertreter der OSZE-Mission fest, da festgestellt wurde, dass er systematisch Informationen an Vertreter ausländischer Geheimdienste übermittelte, die aus der Rechtsposition der OSZE heraus handelten, was der Volksrepublik Lugansk Schaden zugefügt habe.



https://novorosinform.org/content/images/29/61/42961_720x405.jpg

6:05 (5:05) novorosinform.org: Das ukrainische Militär hat einen Staudamm bei Swetlodarsk in der DVR vermint

Der Stab der [interministeriellen](#) Koordinierung der Russischen Föderation für humanitäre Hilfe berichtete, dass im Falle der Zerstörung des Staudamms des Kraftwerks Ugegorsk drei Siedlungen mit 15.000 Zivilisten überflutet würden.

Insbesondere teilte der interministerielle Stab mit, dass ukrainische bewaffnete Formationen in Swetlodarsk auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk den Damm des Stausees des Wärmekraftwerks Ugegorsk (Fluss Lugan) vermint haben.

Es wird angegeben, dass, wenn der Damm gesprengt wird, die Stadt Swetlodarsk sowie die nahe gelegenen Dörfer Mironowskij, Luganskoje und andere, in denen mehr als 15.000 Menschen leben, mit Wasser aus dem Stausee überflutet würden.

Der Stab erklärte auch, dass nach dem Abfluss des Wassers aus den überfluteten Gebieten Schäden am Lebenserhaltungssystem der Bevölkerung entstehen werden. Wir sprechen von Kanalisation, Wasserversorgung, Wasseraufbereitungsanlagen mit Tanks mit Chemikalien, die wiederum die sanitäre und epidemiologische Situation verschlechtern und zur Ausbreitung von Infektionskrankheiten in der Region Bakhmut der DVR führen werden.



https://novorosinform.org/content/images/29/62/42962_720x405.jpg

vormittags:

7:30 de.rt.com: **Russische Militärangehörige melden Telefonabhörung durch NATO-Geheimdienste**

NATO-Sonderdienste stellen aktiv Verbindungen zu Handynutzern her, um sie abzuhören und zu blockieren, um Fake-News zu versenden und die Bevölkerung falsch zu informieren. Generalleutnant Juri Lastotschkin, Leiter der radioelektronischen Kriegsführung der russischen Streitkräfte erklärte:

"Schon heute nutzen die Spezialdienste der NATO-Länder aktiv falsche Basisstationen, um Mobilfunkkunden unfreiwillig anzuschließen. Auf diese Weise können ausländische Geheimdienstspezialisten nicht nur Mobiltelefone abhören und Textnachrichten einsehen, sondern auch Abonnenten gezielt blockieren und sie durch das Versenden falscher Nachrichten desinformieren."

Im Gegenzug sollen junge Wissenschaftler des Prüf- und Forschungsinstituts der elektronischen Kriegsführung ein System entwickelt haben, das unbefugten Zugriff auf Abonentendaten verhindern soll. Es soll zudem helfen, falsche Basisstationen aufzuspüren, ihren Standort zu bestimmen und den technischen Kanal des Informationsabflusses zu blockieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6258fc0d48fbef146b7f79a8.jpg>

8:43 (7:43) **novorosinform.org: 14 Konvois mit humanitärer Hilfe aus Russland kamen im**

Donbass und in der Ukraine an

Das Ministerium für Notsituationen Russlands hat mit 79 Lastwagen mehr als 700 Tonnen Lebensmittel und lebensnotwendige Güter geliefert, berichtet [RIA Novosti](#).

Der russische Rettungsdienst organisierte den Transfer einer großen Menge humanitärer Hilfe für die Bewohner des Donbass und der Ukraine. Die "Weißen Lastwagen", wie sie in der LDVR genannt werden, seien bereits an ihrem Bestimmungsort angekommen, schreibt RIA Novosti.

„Vierzehn Autokolonnen, bestehend aus 79 schweren Fahrzeugen des russischen Katastrophenschutzministeriums, haben mehr als 700 Tonnen humanitäre Hilfe an die Einwohner von Donbass und der Ukraine geliefert“, heißt es in der Erklärung.

Die humanitäre Hilfe umfasse Mineralwasser, Babynahrung, Nahrungsmittel und Hygieneprodukte.

Darüber hinaus gewähre das Notfallministerium Russlands weiterhin Pauschalzahlungen an Rentner und Angestellte des öffentlichen Dienstes auf dem vom Kiewer Regime befreiten Territorium der Ukraine.



https://novorosinform.org/content/images/29/68/42968_720x405.jpg

8:00 de.rt.com: Russisches Verteidigungsministerium entlarvt Mythos vom Bandera-Kampf gegen Nazis

Das russische Verteidigungsministerium hat Archivdokumente [veröffentlicht](#), die die Behauptungen der Kiewer Führung widerlegen, wonach die Banderiten im Zweiten Weltkrieg sowohl gegen die Rote Armee als auch gegen die Wehrmacht gekämpft haben sollen.

Nun wurden die Dokumente auf der Webseite des Ressorts im Rahmen des Projekts "Archive speichern alles" veröffentlicht, das der Bekanntmachung historischer Beweise für Massenverbrechen und Gräueltaten ukrainischer Nationalisten an ihrem Volk gewidmet ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6259055a48fbef13111b19a3.jpg>

8:30 de.rt.com: **Russischer Abgeordneter: Es ist Zeit für eine Anti-NATO-Koalition**

Michail Scheremet, Abgesandter der Krim in der russischen Staatsduma, hat verkündet, dass die Zeit für die Bildung einer internationalen Anti-NATO-Koalition gekommen sei. Wörtlich hieß es in der Erklärung:

"Die NATO hat alle zulässigen Grenzen überschritten, indem sie ein Sprungbrett in die Ukraine geschaffen hat, um Russland anzugreifen. Heute schicken sie in großem Ausmaß Waffen in die Ukraine und stellen eine direkte Bedrohung für unseren Staat dar. Die Ausbreitung der NATO-Pest muss an unseren Grenzen gestoppt werden. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, eine internationale Anti-NATO-Koalition zu bilden."

wpered.su: **Der Sieg ist für alle derselbe – Front und Hinterland gemeinsam**

Jeder Krieg bringt den Menschen Trauer, Angst, Schmerz, Leiden und viele andere Formen des Unglücks. Aber der Krieg konzentriert den Willen der Menschen, ihre hohen geistigen und seelischen Qualitäten, offenbart den Charakter, trägt zu den ungewöhnlichsten und mutigsten Entscheidungen der Menschen in kritischen Situationen bei.

Höchste Kompetenz bei ihrer Sache zeigen die Ärzte und das ganze medizinische Personal der Donezker Volksrepublik. Seit den ersten Tagen des Volksaufstand, seit April 2014, befinden sich die medizinischen Beschäftigten an der vordersten Front unseres Kampfes. Ich erinnere mich, wie im ersten Stock des Gebäudes der ehemaligen Oblastverwaltung die Büros der Beamten in Krankenstationen, in Operationssäle umgewandelt wurden. Dort wurden die Verletzten im Licht gewöhnlicher Lampen, mit einem Minimum an Instrumente und Medikamenten behandelt, die Gesundheit von Kranken wiederhergestellt. Während der heftigen Kämpfe im Sommer und Herbst 2014 und im Winter 2015 waren die Ärzte der meisten Krankenhäuser in minimaler Besetzung Tag und Nacht unter dem Feuer der vorrückenden Ukrofaschisten ihrem ärztlichen Eid treu – das Leben von Menschen zu retten. In den acht Jahren des Kampfes für die Souveränität der Republik gelang es den Behörden, das Gesundheitssystem der Republik aufrechtzuerhalten und zu stärken. Das System funktioniert auf verschiedenen Ebenen. Eine Bewährungsprobe unseres Gesundheitswesens fand in der langen Zeit des Kampfes gegen den Coronavirus statt. Ich war selber zweimal erkrankt und jedes Mal taten die Mitarbeiter des Gesundheitswesens alles in ihrer Macht stehende für eine vollständige Genesung. Der Mangel an Medikamenten, an spezieller Ausrüstung wurde durch ein einfühlsames Herangehen an die Kranken, Geduld und die Konzentration der Kräfte des medizinischen Personals kompensiert. Und heute, wo in vielen Gebieten schwerste Kämpfe stattfinden, arbeiten die Ärzte gewissenhaft. Sowohl in der Hauptstadt unserer Republik, in Donezk, als auch in abgelegenen Ortschaften und an der Front ist der Arzt die letzte Hoffnung zwischen Leben und Trauer.

Viele Menschen, die, die nicht unmittelbar an den Kämpfen beteiligt sind, wollen den Kranken helfen, sind einfallreich bei der Suche nach Wegen, den Kranken und den medizinischen Einrichtungen Hilfe zu leisten. Gemeinsam mit den Einwohnern unserer Republik leisten Einwohner der brüderlichen Russischen Föderation einen wesentlichen Beitrag zur Behandlungen der Verletzten und zur Genesung der Kranken.

Vor einigen Tagen ist es mir gelungen, eine beträchtliche Menge an fehlenden medizinischen Präparaten und Medikamenten in die Republik zu bringen. So wurden durch die Anstrengungen der Moskauer Oblastorganisation des Allrussischen Frauenverbandes „Nadeshda Rossii“ unter Leitung von Marina Puschkina mit Unterstützung von Freundinnen aus der Oblastorganisation in Rjasan medizinische Präparate gesammelt, die für Operationen und für die Aufrechterhaltung der Gesundheit der Menschen in den gerade erst befreiten Bezirken notwendig sind.

Unter Leitung der Sekretärin der KPRF-Organisation des Oktjabrskij-Bezirks von Moskau

Jelena Kortschagina wurde Nahtmaterial für chirurgische Eingriffe, das in unserer Republik fehlt, beschafft.

Nach einem Treffen mit dem Aktiv der KPRF-Organisation des Leninskij-Bezirks und mit Aktivistinnen der Moskauer Stadtorganisationen des Allrussischen Frauenverbands „Nadeshda Rossii“ unter Leitung von Julija Michajlowa hörten viele von den Problemen und Bedürfnissen der Chirurgen an der Front des Donbass. Eine große Menge chirurgischer Nadeln und Fäden sowie andere spezifische Produkte wurden von dem Einwohner Moskaus, Denis Kirow, übergeben.

Heute befindet sich wohl ein großer Teil der Männer der DVR in den Reihen der Verteidiger ihres Vaterlandes. An den Arbeitsplätze arbeiten die Vertreter der älteren Generation oder die, ohne die die Einwohner der Republik nicht auskommen können. So zu diesen gehören die Arbeiter der Großbäckerei Nr. 14. Heute ist das eine der wichtigsten Unternehmen der Republik. Die Produkte der Donezker Bäcker werden in viele gerade befreite Ortschaften der Republik geliefert. Eine kleine Gruppe von Installateuren befasst sich mit der Justierung und Reparatur der Bäckereianlagen. Auf Initiative von Igor Kalmykow, einem erfahrenen Installateur und Sekretär des Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei der DVR im Kujbyschewskij-Bezirk haben Arbeiter der Großbäckerei auf eigene Kosten Anti-Dekubitus-Matratzen mit Kompressoren für die neurochirurgische Abteilung des Kalinin-Krankenhauses gekauft. In der Neurochirurgie werden schwer verletzte Soldaten mit Bewegungseinschränkungen behandelt.

Frauenteam der gesellschaftlichen Organisation „Nadeshda Donbassa“ unter Leitung der Sekretärin der Bezirksorganisation der Kommunistischen Partei der DVR im Petrowskij-Bezirk und der Sekretärin des Stadtkomitees der Kommunistischen Partei der DVR in Tores Irina Guz kaufen und beschaffen auf verschiedene Weise Medikamente und die notwendigen Materialien, um individuelle medizinische Pakete für Soldaten und evakuierte Bürger aus den Zonen der aktiven Kampfhandlungen zusammenzustellen. Die Konzertbrigade „Nadeshda Donbassa“ ist ein gern gesehener Gast in den Militäreinheiten.

Die Kommunisten der Donezker Volksrepublik setzen gemeinsam mit Gleichgesinnten aus der KPRF ihre Arbeit zur Sammlung von Hilfe für die medizinischen Beschäftigten und zur Unterstützung von verletzten und Kranken, die wieder in die Reihen zurückkehren, fort. Der Kampf gegen den Neofaschismus ist die Sache jedes bewussten und ehrlichen Menschen auf der Erde. Die Kommunisten und ihre Anhänger in der DVR wissen genauso wie die Linkspatriotischen Kräften unter Leitung der KPRF aus eigener historischer Erfahrung, dass der Sieg auf den Kampffeldern durch die Geistesstärke, durch den Glauben an die Gerechtigkeit, die Selbstlosigkeit und das Heldentum der Soldaten sowie durch die tapfere, selbstlose Arbeit des gesamten Volks errungen wird.

Wir werden würdige Nachfolger des Sowjetvolks, des Siegers im 20. Jahrhundert sein, gemeinsam werden wir den Neofaschismus des 21. Jahrhundert besiegen!

Boris Litwinow, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR

8:31 de.rt.com: **Medienbericht: Chinesischer Energiekonzern verlässt den Westen**

Chinas staatlicher Öl- und Gaskonzern China National Offshore Oil Corporation bereitet Berichten zufolge seinen Rückzug aus den USA, dem Vereinigten Königreich und Kanada vor. Die Geschäftsführung sorgt sich zunehmend über Sanktionen, Vorschriften und steigende Kosten.

Die Beziehungen zwischen China und den westlichen Ländern haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert, nachdem der frühere US-Präsident Donald Trump einen groß angelegten Handelskrieg mit China ausgelöst hatte und eine breite Palette chinesischer Waren mit Einfuhrzöllen belegte. Die Spannungen nehmen in jüngster Zeit weiter zu, da Peking sich weigert, Russlands Militäroperation in der Ukraine zu verurteilen und sich den westlichen

Sanktionen anzuschließen.

Vor diesem Hintergrund bereitet Chinas größter Offshore-Öl- und -Gasproduzent, die China National Offshore Oil Corporation (CNOOC), seinen Rückzug aus dem Westen vor. Laut ungenannten Quellen aus der Branche, auf die Reuters in einem Bericht verweist, versuche das Unternehmen "marginale und schwer zu verwaltende" Anlagen in den USA, dem Vereinigten Königreich und Kanada zu verkaufen.

Die Quellen, die aufgrund der Sensibilität des Themas anonym bleiben wollten, sollen der Nachrichtenagentur gesagt haben, dass die Unternehmensleitung die Verwaltung ihrer westlichen Anlagen aufgrund von Vorschriften und hohen Betriebskosten als "unangenehm" empfinde.

CNOOC, das sich 2013 im Rahmen einer 15 Milliarden US-Dollar teuren Übernahme des kanadischen Energiekonzerns Nexen in den drei Ländern niederließ, wurde nach Trumps Anti-China-Kampagne von der New Yorker Börse genommen. Davor war das Unternehmen über zwei Jahrzehnte hinweg an der NYSE notiert. Die Regierung unter US-Präsident Joe Biden nahm das Unternehmen vor etwa einem Jahr von der schwarzen Liste der US-Regierung.

In den USA besitzt CNOOC Onshore-Vermögenswerte in den Schieferbecken Eagle Ford und Niobrara sowie Offshore-Beteiligungen an den Feldern Stampede und Appomattox im Golf von Mexiko. In Großbritannien betreibt das Unternehmen drei Standorte im Nordosten Schottlands und verfügt über Ölsand- und Schiefergasanlagen in Kanada.

Eine hochrangige Quelle aus der Branche erklärte Reuters:

"Anlagen wie die Tiefseefelder im Golf von Mexiko sind technologisch anspruchsvoll, und CNOOC musste wirklich mit Partnern zusammenarbeiten, um dazu zu lernen. Die Führungskräfte des Unternehmens durften jedoch nicht einmal die US-Büros besuchen."

"Das war schon immer ein Problem, und die schwarze Liste der Trump-Regierung hat es für CNOOC noch schlimmer gemacht."

Darüber hinaus könnten die jüngsten Sanktionen der USA gegen Russland die Vermögenswerte von CNOOC beeinträchtigen, so die Quellen weiter. Das Unternehmen, das sich auf einen Börsengang an der Shanghaier Börse im April vorbereitet, plant Berichten zufolge den Erwerb von Vermögenswerten in Lateinamerika und Afrika.

Im Jahr 2021 produzierte CNOOC Berichten zufolge etwa 1,57 Millionen Barrel Öläquivalent pro Tag, davon 62.000 an Standorten in Kanada und 80.000 an Standorten in anderen Teilen Nordamerikas. Insgesamt produzieren die Anlagen in den USA, dem Vereinigten Königreich und Kanada nach Berechnungen von Reuters fast 220.000 Barrel Öläquivalent pro Tag.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625801bc48fbef15507875c1.jpg>

9:38 (8:38) novorosinform.org: **Armenien begann, russisches Gas in Rubel zu bezahlen**
Der Wirtschaftsminister Armeniens erklärte, dass das Land dazu übergegangen sei, russischen „blauen Kraftstoff“ in der Landeswährung der Russischen Föderation zu bezahlen.

Die letzten Zahlungen für russisches Gas erfolgten in Rubel. Dies erklärte der Leiter des Wirtschaftsministeriums der Republik Wagan Kerobjan schreibt RBK. Der Minister betonte, dass es notwendig sei, auf die Zahlung in Landeswährung umzustellen.

Kerobjan stellte klar, dass die Preisgestaltung in Dollar erfolge, die Zahlung jedoch in Rubel. Der offizielle Vertreter von "Gazprom" Sergei Kuprijanow bestätigte seinerseits, dass der Vertrag über die Lieferung von Gas nach Armenien es ermöglicht, Kraftstoff für mehrere Jahre in Rubel zu bezahlen.

Zuvor sagte der ungarische Außenminister Peter Szijjarto, dass die Entscheidung, russisches Gas in Rubel zu bezahlen, nicht gegen EU-Sanktionen verstoße.



https://novorosinform.org/content/images/29/71/42971_720x405.jpg

8:48 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium bestätigt: Raketenkreuzer Moskwa gesunken**

Russlands Verteidigungsministerium hat den Verlust des Raketenkreuzers Moskwa am Donnerstagabend eingeräumt. Demnach sei das Flaggschiff der Schwarzmeerflotte gesunken, als es bei stürmischem Wetter abgeschleppt worden sei.

Die Moskwa (Moskau) befand sich Berichten zufolge etwa 90 Kilometer südlich der ukrainischen Stadt Odessa, als an Bord ein Feuer ausbrach. Dies führte nach Angaben des russischen Militärs dazu, dass Munitionslager explodierten und den Rumpf beschädigten. Die Besatzung sei auf andere, nahe gelegene Schiffe evakuiert worden.

Später hieß es aus dem russischen Verteidigungsministerium, dass das Schiff schwimmfähig bleibe. Man ergreife Maßnahmen, um es zum Hafen abzuschleppen. Am Donnerstagabend berichtete die Agentur TASS unter Berufung auf das Ministerium, dass die Moskwa während eines Sturms beim Abschleppen untergegangen sei.

Ein hochrangiger US-Verteidigungsbeamter sagte am Donnerstag in Washington, bislang lasse sich nicht mit Klarheit sagen, was den Schaden auf dem Raketenkreuzer verursacht habe. "Im Moment können wir nicht definitiv sagen, was diese Explosion und das anschließende Feuer verursacht hat". Es könne auf einen Raketenangriff zurückzuführen sein, aber auch andere Gründe geben. Die Gefahr von Bränden und Explosionen auf derartigen Schiffen sei generell groß, da diese brennbares und explosives Material an Bord hätten, betonte er.

Kiew hatte behauptet, seine Streitkräfte hätten das Schiff mit Schiffsabwehrraketen getroffen. Die Moskwa war das Flaggschiff der Schwarzmeerflotte. Im Jahr 1983 wurde sie unter dem Namen Slawa (Ruhm) in Betrieb genommen. Im Jahr 1996 erhielt der Kreuzer seinen heutigen Namen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62590cb2b480cc5c2f6eeb27.jpg>

8:59 de.rt.com: **Umfrage: 72 Prozent der Grünen-Anhänger wollen schwere Waffen an die Ukraine liefern**

Von der Friedenspartei ist nicht viel übrig geblieben: Mehr als zwei Drittel der Grünen-Anhänger wollen laut einer Umfrage die Ukraine mit schweren Waffen aufrüsten – bei der AfD sind es nur 20 Prozent, während mehr als drei Viertel ihrer Anhängerschaft dies ablehnen.

Die Anhänger der Grünen wollen zum großen Teil von Deutschland aus schwere Waffen an die Ukraine liefern. Das ergab eine [Umfrage](#) von Infratest-Dimap, die am Donnerstag veröffentlicht wurde.

Demnach sprechen sich 72 Prozent der Grünen beispielsweise für die Lieferung von Panzern und Raketen aus, nur 22 Prozent sind dagegen. Ähnlich ist das Verhältnis bei den Anhängern der anderen beiden Parteien der "Ampelkoalition": Bei der SPD sprechen sich 66 Prozent der Anhänger für die Lieferung schwerer Waffen aus, während 29 Prozent dagegen sind, bei der FDP ist das Verhältnis 65 zu 33 Prozent. Auch bei der Union als Oppositionsführer sprechen sich 63 Prozent für eine De-facto-Verschärfung des Konflikts aus, 33 Prozent wollen das nicht.

Ganz anders sieht das bei den Anhängern der AfD aus: Dort sprechen nur 20 Prozent für die Lieferung schwerer Waffen von deutschem Boden gen Ukraine aus, die große Mehrheit von 76 Prozent will das nicht. Anhänger der Partei Die Linke wurden offensichtlich nicht befragt. Insgesamt unterstützt eine knappe Mehrheit von 55 Prozent aller Befragten die Waffenlieferungen, 45 Prozent sind dagegen.

Der Grünen-Politiker Konstantin von Notz ist offenbar stolz auf das Ergebnis, insbesondere mit Blick auf die Anhänger seiner Partei. Bei Twitter schrieb der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag (wiedergegeben wie im Original):

"Alle die Lust haben aus ihren stereotypen Weltbildern der 80er Jahre auszusteigen, empfehle ich diese Umfrage."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6258738b48fbef13111b1985.jpg>

9:00 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen drei Siedlungen der Volksrepublik Donezk**

Ukrainische Truppen sollen am Morgen des 15. April zwei Siedlungen auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk (DVR) und in den Außenbezirken von Donezk angegriffen haben. Dies teilte die Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes mit. Beschossen wurden Trudowskaja, Staromichailowka und Aleksandrowka.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums richteten sich Angriffe der russischen Streitkräfte nur gegen militärische Infrastruktur und ukrainische Truppen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625910c448fbef155a6113c9.jpg>

10:06 (9:06) novorosinform.org: **Eine große Gruppe ausländischer Söldner traf in Saporoschje ein – WarGonzo**

Rund 2.000 ausländische Kämpfer seien in das noch unter ukrainischer Kontrolle stehende Gebiet Saporoschje verlegt worden.

Laut einer WarGonzo-Quelle werden die Söldner nach Nationalität und Religion in drei Gruppen eingeteilt, darunter Einwanderer aus islamischen Ländern, insbesondere aus der Türkei und Aserbaidschan. Es wird darauf hingewiesen, dass für diese Gruppe geplant war, in sie in die Deblockade von Mariupol einzubeziehen, aber der Moment wurde verpasst - die Stadt geriet unter die Kontrolle der Volksmiliz der DVR und der RF-Streitkräfte.

Jetzt würden Ausländer höchstwahrscheinlich in die Richtung von Awdejewka geschickt, da das Militär der DVR zusammen mit den russischen Streitkräften bereits Angriffs- und

Offensivoperationen an dieser Front begonnen hat.



https://novorosinform.org/content/images/29/73/42973_720x405.jpg

10:25 (9:25) novorosinform.org: **Selenskij gab zu, dass die Ukraine die erste war, die mit Russland „einen Krieg begonnen“ habe**

Kiew habe „nicht öffentlich“ mit westlichen Ländern „über bestimmte Lieferungen“ verhandelt, bevor Russlands spezielle Militäroperation begann, sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij.

Als er über Russlands Spezialoperation sprach, wies Selenskij darauf hin, dass die Ukraine „diesen Krieg noch früher begonnen hat“. Die Worte des ukrainischen Präsidenten werden von [RIA Novosti](#) unter Berufung auf die BBC zitiert.

Die Ukraine habe sich im Voraus auf die Konfrontation mit der mächtigen russischen Armee vorbereitet, betonte Selenskij.

„Deshalb haben wir gegen einige politische Gruppen in unserem Land gekämpft ... Wir haben diesen Krieg sogar noch früher begonnen“, sagte er.

Der Präsident der Ukraine fügte hinzu, dass Kiew vor Beginn der Sonderoperation nichtöffentliche Verhandlungen mit westlichen Ländern geführt habe. „Wir haben bestimmte Lieferungen vereinbart“, sagte Selenskij.

Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten fanden die Verhandlungen Kiews mit ausländischen Partnern „über einige Dinge“ Ende letzten Jahres statt und wurden Anfang 2022 fortgesetzt.



https://novorosinform.org/content/images/29/74/42974_720x405.jpg

9:30 de.rt.com: **Medien: Letzte große Ölraffinerie in Ukraine zerstört**

Die letzte große Ölraffinerie der Ukraine soll nach Medienangaben zerstört worden sein. Laut ukrainischen Telegram-Kanälen sollen russische Lenkwaffenraketen vom Typ Kalibr die

letzte große Raffinerie Nadworjanski in Iwano-Frankowsk getroffen haben. Berichten zufolge soll auch ein Öldepot in Iwano-Frankowsk gesprengt worden sein. Iwano-Frankowsk ist eine Großstadt in der Westukraine.

10:51 (9:51) novorosinform.org: **Russische Streitkräfte nehmen die Zerstörung militärischer Einrichtungen in Kiew wieder auf – Verteidigungsministerium**

Das Ausmaß der Raketenangriffe auf die militärische Infrastruktur der Hauptstadt der Ukraine wird als Reaktion auf die Angriffe der Streitkräfte der Ukraine auf russisches Territorium erhöht, erklärte das russische Verteidigungsministerium.

In der Nacht des 15. April griff die russische Armee eine militärische Einrichtung in Kiew an. Es seien Kalibr-Raketen eingesetzt worden, teilte das Verteidigungsministerium mit.

„Heute Nacht haben hochpräzise seegestützte Langstreckenraketen Kalibr eine militärische Einrichtung am Stadtrand von Kiew getroffen“, heißt es in der Erklärung.

Im Ergebnis wurden die Werkstätten des Maschinenbaubetriebs ‚Wisar‘ in Schuljanski zerstört, in dem Flugabwehrraketensysteme sowie Schiffsabwehrraketen hergestellt und repariert wurden, fügte die Behörde hinzu.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation betonte, dass die Raketenangriffe auf militärische Einrichtungen in Kiew als Reaktion auf die Aktionen ukrainischer Sabotagegruppen auf russischem Territorium verstärkt würden.



https://novorosinform.org/content/images/29/75/42975_720x405.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.4.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 186 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ sowie 152mm- und 122mm-Rohrartillerie abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **5 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 14 wurden verletzt**. 32 Wohnhäuser, 6 zivile Infrastruktureobjekte und 2 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 74 ukrainische Nationalisten, 2 Feuerpositionen von 122mm-Artilleriehaubitzen D-30, einen Feuerpositionen für einen

120mm-Mörser, ein Abwehrgeschütz SU-23-2, einen Schützenpanzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Schützenpanzer, eine 122mm-Artilleriehaubitze D-30 und 3 Lastwagen wurden erbeutet.

10:00 de.rt.com: **Polnischer Präsident unterzeichnet Gesetz zum Verbot von Kohleimporten aus Russland und Weißrussland**

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat ein Dekret unterzeichnet, das ein vollständiges Embargo über die Einfuhr von Kohle und Kohlekoks aus Russland und Weißrussland verhängt.

Das Dokument soll auch die Möglichkeit vorsehen, das Vermögen juristischer und natürlicher Personen einzufrieren, die "Russlands Aggression gegen die Ukraine unterstützen". Dies berichten polnische Medien.

10:30 de.rt.com: **Grund genannt: Keine Militärparade zum Tag des Sieges in Kasachstan wegen Haushaltseinsparungen**

Kasachstan werde dieses Jahr aufgrund von Haushaltseinsparungen und anderen Prioritäten keine Parade zum Tag des Sieges abhalten. Dies haben Behörden des Landes erklärt. Zuvor hatte das kasachische Verteidigungsministerium bekannt gemacht, dass in diesem Jahr keine Militärparade zum Gedenken an den Tag des Sieges am 9. Mai. durchgeführt werde, jedoch ohne den Grund dafür zu nennen.

Auch in den Jahren 2020 und 2021 hatten die kasachischen Behörden die Feiern abgesagt, damals aber wegen Corona-Pandemie.

Mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 15.04.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

35 Mann;

5 Panzer;

7 Schützenpanzerwagen;

5 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 5 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm auf Perwomajsk abgefeuert. Infolge des Beschusses wurden 2 Wohnhäuser beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien.

10:32 de.rt.com: **Trotz US-Boycott-Forderungen: Russland will am Treffen der G20 teilnehmen**

Die USA fordern andere Staaten zum Boykott des G20-Gipfels auf, falls dort russische Vertreter anwesend sein sollten. Einige hochrangige Vertreter wie der russische Finanzminister Anton Siluanow haben sich dennoch angekündigt. Dabei werden sie von China unterstützt.

Der russische Finanzminister Anton Siluanow will sich laut dem Spiegel trotz westlicher Boykottforderungen wegen des Kriegs gegen die Ukraine in der nächsten Woche am Treffen der G20-Finanzminister und Zentralbankchefs virtuell beteiligen. Das teilte am Donnerstag die Regierung Indonesiens mit, die den G20-Vorsitz innehat. Wempi Saputra vom indonesischen Finanzministerium in Jakarta sagte zu Journalisten:

"Wir haben nicht die Möglichkeit, (irgendein Mitglied) nicht einzuladen. [...] Bis heute haben einige ihre physische und einige ihre virtuelle Teilnahme bestätigt."

Dagegen sperren sich die USA. US-Finanzministerin Janet Yellen hatte vor kurzem einen Boykott gegen die Teilnahme Russlands gefordert. Indonesien wiederum erwäge, so Saputra, auch die nicht der G20-Gruppe angehörende Ukraine zu der Veranstaltung einzuladen, die am 20. April in Washington stattfinden soll. Inhaltlich geht es dabei auch um "die Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine auf die globalen wirtschaftlichen Bedingungen".

Indonesien ist diesjähriger Gastgeber des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs, der im November auf Bali stattfinden soll. Die geplante Teilnahme von Russlands Präsident Wladimir Putin bekommt besondere Unterstützung von China.

Seit der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2008 berät die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer vor allem über aktuelle Themen. Zuletzt standen die Corona-Situation und die weltweit anziehende Verschuldung und Inflation im Mittelpunkt. Die G20-Finanzexperten treffen sich stets im April im Zuge der Frühjahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington.

Yellen vertritt eine klare Haltung und erklärte vor US-Abgeordneten, die USA würden eine Reihe von G20-Treffen boykottieren, sollten dort Russen auftauchen. Die US-Administration hat gegen Russland erst vor kurzem erneute Sanktionen beschlossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6258348f48fbef16db14f2ea.jpg>

11:58 (10:58) novorosinform.org: **Uschgorod beschloss, 58 Straßen mit „Russlandbezug“ umzubenennen**

Straßen, die nach Gagarin, Turgenjew, Tschechow, Tschaikowski, Mendelejew und einigen anderen benannt sind, werden zur Umbenennung empfohlen, berichtet der Pressedienst des Stadtrats von [Uschgorod](#).

Am 14. April fand im Stadtrat von Uschgorod eine Sitzung der Kommission zur Umbenennung von Straßen und Plätzen statt. Insgesamt wurden 58 Straßen ausgewählt, die "mit Russland verbunden" sind und umbenannt werden sollen, teilt der Pressedienst der Verwaltung von Uschgorod mit.

Diese Liste enthält die Straßen von Juri Gagarin, Iwan Turgenjew, Anton Tschechow, Pjotr Tschaikowsky, Dmitri Mendelejew, Nikolai Nekrassow, Michail Lomonossow, Fjodor Dostojewski, Alexander Puschkin und anderen.

„Bei der Bestimmung neuer Namen werden würdige lokale Persönlichkeiten bevorzugt“, berichtete der Stadtrat.

Sie fügten hinzu, dass die neuen Straßennamen auch zu Ehren der Helden des aktuellen "Krieges mit Russland" vergeben würden, aber erst "nach dem Sieg".



https://novorosinform.org/content/images/29/80/42980_720x405.jpg

11:00 de.rt.com: **Nach Angriff auf Region Brjansk: Russische Luftabwehr schießt ukrainischen Mi-8-Hubschrauber ab**

Russische Luftabwehrkräfte haben in der Region Tschernigow einen ukrainischen Mi-8-Hubschrauber abgeschossen, der zuvor das russische Dorf Klimowo in der Region Brjansk angegriffen hatte. Dies erklärte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow.

Der Untersuchungsausschuss berichtete am Donnerstag, dass zwei ukrainische Kampfhubschrauber in den russischen Luftraum eingedrungen seien und sechs Luftangriffe auf Wohngebäude in der Region Brjansk ausgeführt hätten. Sieben Menschen, darunter ein Kind, sollen in Klimowo verletzt worden sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6259239b48fbef155a6113d4.jpg>

Dnronline.su: Die Generalstaatsanwaltschaft der DVR hat gegen einige Mitarbeiter der OSZE-Beobachtermission ein Strafverfahren wegen Sammlung von Informationen, die Staatsgeheimnisse darstellen, zum Zweck der Weitergabe an ukrainische Geheimdienste, aufgenommen. Dies teilt die Generalstaatsanwaltschaft der DVR mit.

Die Ermittlung stellte fest, dass Mitarbeiter der OSZE, die sich auf dem Territorium der DVR befanden, unter anderem auch auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten, mit Hilfe

von Videotechnik Stationierungsorte von Einheiten der Volksmiliz der DVR, staatlichen Organen und Einrichtungen festgehalten haben. Die Informationen wurden gesammelt und auf elektronischen Datenträgern festgehalten, danach wurden diese Daten, die ein Staatsgeheimnis darstellen, an Vertreter ausländischer Aufklärungsorgane, darunter die Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine und des SBU übergeben.

Im folgenden wurden die genannte Daten von den Streitkräften und Geheimdiensten der Ukraine genutzt, um den staatlichen Interessen, der Sicherheit und der Souveränität der DVR Schaden zuzufügen, unter anderem für Beschüsse von Ortschaften der Republik und Stationierungsorten der Volksmiliz der DVR.

Das Strafverfahren wurde zur Durchführung von Ermittlungen an das Ministerium für Staatssicherheit der DVR übergeben.

11:30 de.rt.com: **Iljitsch-Hüttenwerk in Mariupol vollständig von ukrainischen Nationalisten befreit**

Die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik und russische Truppen haben das Eisen- und Stahlwerk Iljitsch in Mariupol vollständig von ukrainischen Kämpfern befreit. Dies teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow mit. Zuvor war berichtet worden, dass der Handelshafen von Mariupol vollständig von Kämpfern des ukrainischen Asow-Bataillons befreit worden sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6259268ab480cc5b8613f257.jpg>

12:34 (11:34) novorosinform.org: **Im Föderationsrat wurde der bevorstehende Abschluss der russischen Spezialoperation in der Ukraine angekündigt**

Senator Klimow sagte, dass die Sonderoperation der Russischen Föderation zum Schutz des Donbass nicht absichtlich verzögert werde.

Sobald die Ukraine für Russland sicher wird, endet die Spezialoperation. Das sagte laut TASS Andrej Klimow, stellvertretender Leiter der Kommission der Partei Einiges Russland für internationale Zusammenarbeit. Er merkte an, dass dies sehr bald geschehen werde.

Klimow fügte hinzu, dass russische Spezialisten die Sicherheit ukrainischer Nuklearanlagen gewährleisten und die Situation mit biologischen Labors im Land untersuchen müssten.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin auf eine Frage zum Zeitpunkt des Endes der Spezialoperation geantwortet, dass dies direkt von der Intensität der Feindseligkeiten abhängen würde. Er betonte, dass Russland nach Plan handle.



https://novorosinform.org/content/images/29/82/42982_720x405.jpg

12:37 (11:37) novorosinform.org: **Der deutsche Wirtschaftsminister fordert die Deutschen auf, aufs Fahrrad umzusteigen**

Um die Abhängigkeit der BRD von russischer Kohle, Öl und Gas zu verringern, sollten die Anwohner zudem die Vorhänge zuziehen und weniger heizen, forderte der Wirtschaftsminister des Landes, Vizekanzler Robert Habeck.

Deutschland sei auf dem Weg, die Abhängigkeit von russischen Energieressourcen zu verringern, daher sollte jeder Bürger des Landes zur Energieeinsparung beitragen, sagte Robert Habeck in einem Interview mit der Funke-Mediengruppe, berichtet [RIA Novosti](#). Als Erstes forderte der Vizekanzler die Deutschen auf, auf Autos zu verzichten und stattdessen Fahrräder und Elektrofahrzeuge zu nutzen.

„Jeder nicht gefahrene Kilometer ist ein Beitrag, der es erleichtert, den Ausstieg aus Energielieferungen aus Russland aufzugeben“, sagte Habeck.

Eine Absenkung der Temperatur in einer Wohnung um ein Grad spare etwa sechs Prozent Energie, fügte der Politiker hinzu. Er forderte die Bürger auch auf, die Fenster mit dicken dunklen Vorhängen abzudecken, da so die Wärme länger im Raum gehalten werden könne.



https://novorosinform.org/content/images/29/83/42983_720x405.jpg

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Unter Gefangenen in Ukraine befinden sich Militärangehörige der NATO-Staaten – Senator Klimow**

Bei der speziellen russischen Militäroperation in der Ukraine seien auch NATO-Soldaten

gefangen genommen worden. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Internationalen Komitees im Russischen Föderationsrat, Andrei Klimow: "Wir haben schon NATO-Soldaten unter den Gefangenen. All das werden wir präsentieren, wenn wir Prozesse führen werden. Die ganze Welt wird sehen, was wirklich passiert ist." Laut Klimow setze der Westen "den Krieg mit den Händen von Ukrainern und Söldnern fort". Klimow fügte hinzu, dass in der Ukraine Söldner aus Asien, Afrika, dem Vereinigten Königreich und den USA eingesetzt würden. Einige von ihnen stünden sogar mit ISIS in Verbindung. Zudem wies der Senator des russischen Föderationsrates darauf hin, dass Söldner keine Mitglieder der Streitkräfte seien und dem Völkerrecht nicht unterliegen würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6259387eb480cc5c2f6eeb4f.jpg>

12:06 de.rt.com: **Huthi-Angriffe auf Saudi-Arabien: US-Marine richtet neue Task Force zur Patrouille im Roten Meer ein**

Die USA werden eine neue multinationale Task Force einrichten, um im Roten Meer und im Golf von Aden zu patrouillieren, sagte der Kommandant der US-Marine im Nahen Osten. Die neue multinationale Task Force soll aufgestellt werden, um Waffenschmuggel in den Gewässern nahe dem Jemen zu bekämpfen. Der Schritt ist die jüngste Reaktion des US-amerikanischen Militärs auf Huthi-Angriffe gegen Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die Task Force 153 der US-geführten Combined Maritime Forces (CMF) werde im Roten Meer, in Bab al-Mandab und im Golf von Aden operieren und auch auf den Menschenhandel und den Schmuggel von Drogen und anderen illegalen Waren abzielen, erklärte der Kommandeur der 5. US-Flotte Vizeadmiral Brad Cooper gegenüber Journalisten von seinem Hauptquartier in Bahrain aus.

Die Task Force würde aus zwei bis acht Schiffen bestehen und ist Teil der von 34 Nationen gebildeten Combined Maritime Forces, die Cooper ebenfalls befehligt.

Auf die Frage nach Raketen und Drohnen, die von den Huthi eingesetzt werden, um die US-Partner Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate anzugreifen, sagte Cooper, dass die neue Task Force die Fähigkeit der Huthi, solche Waffen zu beschaffen, einschränken werde. Der Einsatz der Task Force erfolgt während des derzeitigen zweimonatigen Waffenstillstands in dem bereits fast sieben Jahre andauernden Krieg im Jemen, durch den Zehntausende von Menschen getötet und Millionen weitere Menschen vertrieben wurden. Die Combined Task Force 153 wird die vierte gemeinsame Task Force der CMF sein, die im Jahre 2002 als internationale Marinekoalition zur Bekämpfung von Menschenhandel, Terrorismus und Piraterie in dieser Region gegründet worden war. Cooper lehnte es am Mittwoch ab anzugeben, ob die neue Patrouille speziell auf den Waffenschmuggel für die Huthis abzielen würde. Die von den USA geführten Bemühungen hatten in den letzten Jahren

Schwierigkeiten, solche Waffenlieferungen im Roten Meer abzufangen. Saudi-Arabien hat bereits signalisiert, dass sich die Beziehungen des Landes zu den USA unter der Biden-Regierung verschlechtert haben, wobei die Saudis von den USA größere Unterstützung für ihre Intervention im Jemen-Konflikt erwarten. Die Ansar-Allah-Bewegung (Huthis) im Jemen hat seit einiger Zeit ihre Vergeltungsangriffe auf Ölfördereinrichtungen in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten intensiviert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62592322b480cc5b48713909.jpg>

12:30 de.rt.com: **Russisches Ermittlungskomitee: Über 1.000 ukrainische Soldaten werden in Russland festgehalten**

Über 1.000 ukrainische Soldaten, die sich ergeben haben, werden in Russland festgehalten. Dies hat der Pressedienst des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation (SKR) am Freitag im Anschluss an eine vom SKR-Vorsitzenden Alexander Bastrykin in Rostow am Don abgehaltene operative Sitzung mitgeteilt. Die Behörde sagte:

"Die Arbeit mit Soldaten, die sich ergeben haben, geht weiter. Mehr als eintausend von ihnen werden auf dem Territorium Russlands festgehalten. Die überwiegende Mehrheit wurde von den Ermittlern befragt."

Unter den Verhörten befanden sich fünf Kommandeure von Brigaden der ukrainischen Streitkräfte, die an Kampfhandlungen gegen die Bevölkerung des Donbass beteiligt gewesen seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6259367a48fbef155078767c.jpg>

12:44 de.rt.com: **China drängt USA zum Abbruch der Beziehungen mit Taiwan und startet Militärmanöver**

Peking warnte die Vereinigten Staaten von Amerika erneut, keine offiziellen Kontakte zu den taiwanesischen Behörden zu pflegen. Zeitgleich leitete die Volksrepublik China ein Militärmanöver in der Region ein – offenkundig als Warnung nach Washington gedacht. Peking hat die Vereinigten Staaten von Amerika aufgefordert, alle offiziellen Kontakte zu Taiwan abzubrechen. Das erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian am Freitag, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet. Peking betrachtet die Insel als unveräußerlichen Teil des chinesischen Staates. Gegenüber Journalisten sagte der chinesische Diplomat:

"Die USA sollten den offiziellen Austausch mit Taiwan einstellen."

Zudem wies er darauf hin, das Vorgehen der USA laufe dem Ein-China-Prinzip wie auch den Grundsätzen der drei gemeinsamen Kommuniqués der beiden Länder zuwider, die die grundsätzlichen Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China insbesondere in Bezug auf die Taiwan-Frage regeln.

Nach Angaben des chinesischen Verteidigungsministeriums wird China als Reaktion auf die erfolgten Provokationen der USA Militärübungen in der Nähe von Taiwan abhalten. Das chinesische Militär erklärte dazu:

"Am 15. April hat das Kommando des östlichen Schauplatzes der chinesischen Volksbefreiungsarmee Kriegsschiffe, Bomber, Kampfjets und andere Kräfte entsandt, um Mehrzweck-Kampfpatrouillen zu organisieren und See- und Luftübungen im Ostchinesischen Meer und um die Insel Taiwan durchzuführen."

Die taiwanesischen Nachrichtenagentur CNA berichtete, dass eine Delegation von sechs US-Kongressabgeordneten unter der Leitung von Bob Menendez, dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des US-Senats, am Donnerstag zu einem unangekündigten Besuch auf der Insel eintraf, um Gespräche mit der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen und dem Verteidigungsminister Chiu Kuo-cheng zu führen. In Peking erklärte man daraufhin, dass China jeden offiziellen Kontakt zwischen den USA und Taiwan strikt ablehne.

Zhao warnte, die USA sollten sich an das Ein-China-Prinzip und die Bestimmungen der drei gemeinsamen Kommuniqués von China und den USA halten und "jede Form des offiziellen Austauschs mit Taiwan einstellen und diesen gefährlichen Weg nicht weiter beschreiten". Zuvor hatte das Pentagon mitgeteilt, dass es die Genehmigung des US-Außenministeriums für ein Rüstungsgeschäft mit Taiwan im Umfang von 95 Millionen US-Dollar erhalten habe. Der Vertrag umfasst unter anderem die Ausbildung, den Einsatz, die Stationierung, den Betrieb, die Wartung und die Aufrechterhaltung des Patriot-Raketen-Systems sowie die dazugehörige Ausrüstung.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Sichtweise. Die USA hatten sich in den 1970er Jahren offiziell zwar gleichfalls zu diesem Prinzip bekannt – ebenso wie auch die taiwanesischen Führung selbst Anfang der 1990er Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung dieses Ein-China-Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek im Jahre 1949 auf diese Inselgruppe zurück, wo sie beanspruchten, die alte "Republik China" gegen die Kommunisten auf dem Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesischen Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein gänzlich neuer Staat geworden sei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62593735b480cc54134cbd59.jpg>

13:52 (12:52) rusvesna.su: **Alle Nazis unterliegen der Vernichtung: Kreml über die Aussichten, die Aufgaben der Spezialoperation in der Ukraine zu erfüllen**

Der Kreml hat keine Zweifel an der Erfüllung aller Aufgaben während des Spezialeinsatzes in der Ukraine, und alle Nazis sollen vernichtet werden.

Dies erklärte in einem Interview mit Journalisten der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow.

Der Kreml-Sprecher stellte fest, dass alle Aufgaben bekannt seien und die Operation, deren Hauptsache die Befreiung von Menschen und Territorien von nationalen Bataillonen sei, systematisch fortgeführt werde.

Die Aufgaben „müssen erledigt werden und werden erledigt werden, daran sollte kein Zweifel bestehen“, sagte er.

Der Kreml betont die Schaffung eines friedlichen Lebens, in dem keine Nazi-Bataillone die Zivilbevölkerung als Geiseln nehmen und keine Häuser und zivile Infrastruktur zerstört werden.

„Und dort, wo die Nazi-Bataillone das tun, was ich bereits gesagt habe, gibt es einen erbitterten Kampf, und dort sind sie alle der Zerstörung ausgesetzt“, sagte der Pressesprecher des Staatsoberhauptes.

13:22 de.rt.com: **Washington: Rückgabe beschlagnahmter russischer Vermögenswerte nicht geplant**

Die USA planen keine Rückgabe von beschlagnahmten russischen Vermögenswerten und wollen diese "auf eine bessere Weise" nutzen, sagte Bidens Sicherheitsberater am Donnerstag.

Eine Rückgabe von im Rahmen von Sanktionen beschlagnahmten russischen Vermögenswerten ist in Washington nicht geplant. Dies verkündete der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan in einem Interview an den Wirtschaftsclub von Washington am Donnerstag.

"Unser Ziel ist es nicht, sie zurückzugeben", sagte Sullivan. Die USA beabsichtigten, die beschlagnahmten Vermögenswerte "auf eine bessere Weise" zu nutzen. Konkrete Maßnahmen nannte Sullivan dabei allerdings nicht, die Entscheidung über die Verwendung des Vermögens sei ein "andauernder politischer Prozess". "Es gibt Berechtigungen, die wir schon haben, und weitere Berechtigungen, die wir vielleicht entwickeln können, und wir beobachten das gerade aktiv", erklärte er. Zuvor hatten einige Kongressmitglieder vorgeschlagen, beschlagnahmte russische Vermögenswerte zu verkaufen und das Geld für den Wiederaufbau der Ukraine aufzuwenden.

Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine am 24. Februar hatten die

USA in mehreren Etappen Sanktionen gegen Russland erlassen. Dazu gehörten unter anderem die Beschlagnahme von Vermögenswerten russischer Unternehmen im Ausland. Im Interview am Donnerstag kündigte Sullivan an, dass sich die USA in den kommenden Tagen darauf konzentrieren werden, den Versuchen einer Umgehung von Sanktionen entgegenzuwirken. In Moskau liegen derzeit keine Enteignungspläne für ausländisches Vermögen vor. "Im Gegensatz zum Westen respektieren wir die Eigentumsrechte", hatte Russlands Präsident Wladimir Putin diesbezüglich erklärt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62591877b480cc5c2f6eeb32.jpg>

14:28 (13:28) novorosinform.org: **Russland schickte eine Protestnote wegen der Lieferung von Waffen an Kiew an die Vereinigten Staaten – Medien**

Moskau überreichte Washington inmitten von Waffenlieferungen an die Ukraine eine diplomatische Note, berichtet die Washington Post.

Russland glaubt, dass die USA die Situation in der Ukraine nur verschärfen, indem sie ihre Regierung mit Waffen beliefern. Die Washington Post schreibt darüber und verweist auf eine Kopie des Dokuments, das sie erhalten hat, berichtet RIA Novosti.

Es wird darauf hingewiesen, dass Russland nach der Ankündigung von US-Präsident Joe Biden beschlossen hat, eine Notiz über die Bereitstellung eines neuen Militärhilfepakets in Höhe von 800 Millionen US-Dollar für Kiew zu senden. Laut der Veröffentlichung forderte Russland die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten auf, die Militarisierung der Ukraine zu stoppen, und warnte davor, dass dies unvorhersehbare Folgen sowohl für die regionale als auch für die internationale Sicherheit haben könnte.

Beachten Sie, dass diese Informationen bisher weder von der russischen Botschaft noch vom Außenministerium kommentiert wurden.



https://novorosinform.org/content/images/29/94/42994_720x405.jpg

14:38 (13:38) novorosinform.org: **Im von ukrainischen Streitkräften befreiten Energodar startet eine Eisenbahnverbindung**

Die neue Verwaltung beabsichtigt, das abgebaute Erz an die Hüttenwerke im Donbass zu liefern und Kohle aus der LDVR zu beziehen, sagte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Saporoschje.

Spezialisten haben die Restaurierung des Eisenbahnknotenpunkts in der Stadt Energodar in der Region Saporoschje abgeschlossen, die von der russischen Armee vom Kiewer Regime befreit wurde. Wladimir Rogow, Vertreter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, berichtete in seinem Telegram-Kanal über die Bedeutung dieses Ereignisses aus wirtschaftlicher Sicht.

"Eisenerz, das in Dneprorudny abgebaut wird, kann an die Hüttenwerke des Donbass geliefert werden. Und Donbass-Kohle - an das Wärmekraftwerk Energodar", sagte Rogow.

Er fügte hinzu, dass die Energodar-Eisenbahnlinie auch wichtig sei, weil sie die Region Saporoschje mit der Halbinsel Krim verbinde.



https://novorosinform.org/content/images/29/95/42995_720x405.jpg

13:40 de.rt.com: **Nordmazedonien erklärt sechs weitere russische Diplomaten zu Personae non gratae**

Nordmazedonien hat sechs weitere russische Diplomaten zu Personae non gratae erklärt, wie das Außenministerium der Republik am Freitag mitteilte.

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa erklärte, Russland werde darauf entsprechend reagieren.

In den letzten Wochen sah sich Russland mit einer Massenausweisung seiner Diplomaten aus europäischen Ländern konfrontiert, die auf Moskaus Sondereinsatz zum Schutz des Donbass zurückzuführen ist. Eine solche Entscheidung wurde unter anderem von Polen, Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Bulgarien, Portugal, Irland, Schweden, der Tschechischen Republik, Rumänien, Estland, Litauen, Lettland und Griechenland getroffen.

Wie Sacharowa am 6. April betont hatte, nutzen westliche Länder die Erklärung russischer Diplomaten zu Personae non gratae als Informations- und politischen Angriff.

Dan-news.info: **Mitteilungen des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR**

Zeitraum vom 8.4.22-14.4.22:

Verletzte: 691 aus den militärischen Strukturen, 184 Zivilisten

Tote: 209 aus den militärischen Strukturen, 105 Zivilisten.

Zeitraum vom 1.1.22-14.4.22:

Verletzte: 5006 aus den militärischen Strukturen, 1303 Zivilisten

Tote: 1201 aus den militärischen Strukturen, 346 Zivilisten.

14:00 de.rt.com: **Frau des festgenommenen Oppositionellen Medwedtschuk: "Er wurde direkt nach seiner Festnahme verprügelt"**

Oksana Martschenko, die Ehefrau des ukrainischen Oppositionellen Wiktor Medwedtschuk, der in der Ukraine festgenommen wurde, ist überzeugt, dass der Politiker bereits in den ersten Stunden nach seiner Festnahme verprügelt wurde.

"Zwei Fotos von ihm und ein Video von seinem Angestellten wurden veröffentlicht. Eines der Fotos zeigt keine Anzeichen von Verletzungen. Das nächste Bild zeigt große blaue Flecken und Blutergüsse, die sie mit seinen Haaren zu verdecken versuchten."

Auf dem Video seines Mitarbeiters seien ebenfalls blaue, geschwollene Ohren zu sehen, was auf körperliche Misshandlung und Prügel hinweise, so Martschenko.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6259524a48fbef415c7f1b72.jpg>

15:00 de.rt.com: **Griechenland will keine neuen Waffen an die Ukraine liefern**

Griechenland hat keine Pläne für neue Waffenlieferungen an die Ukraine, wie der griechische Regierungssprecher Yiannis Ikonomou am Freitag bei einem Briefing erklärte. Auf die Frage eines Journalisten, ob das Land neue Waffenlieferungen an die Ukraine vornehmen werde, antwortete er:

"Es gibt nichts Neues in dieser Richtung, abgesehen davon, was bereits getan wurde. Es steht nichts auf der Tagesordnung."

Die Zeitung Demokratia schrieb am Freitag, dass die griechische Regierung die Lieferung von Waffen an die Ukraine bereits vor Beginn der russischen Sonderoperation vorbereitet hatte und dass die Anweisung zur Übergabe der Waffen dem Ersuchen von Wladimir Selenskij vorausging. Der Korrespondent von Demokratia fragte bei dem Briefing, ob die Stinger-Raketen wirklich geschickt worden seien und ob sie von aktiven Einheiten der griechischen Streitkräfte stammten. Daraufhin sagte Ikonomou:

"Es ist bekannt, welches Verteidigungsmaterial zusammen mit humanitärer Hilfe in die Ukraine geschickt wurde. Nichts von dem, was geschickt wurde, schwächt die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes."

Am Vortag hatte der griechische Verteidigungsminister Nikolaos Panagiotopoulos erklärt, Griechenland beabsichtige nicht, zusätzliche Waffenlieferungen an die Ukraine zu schicken, um seine Verteidigungskapazitäten nicht zu schwächen.

Am 27. Februar schickte Griechenland mit zwei C-130-Flugzeugen 40 Tonnen "Verteidigungs"-Ausrüstung über Polen in die Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62595f90b480cc32770e5ab2.jpg>

16:10 de.rt.com: **Moskau: EU hat keine vernünftige Alternative zu russischer Energie**

Russlands Energieminister Alexander Nowak hat sich von europäischen Diskussionen um mögliche Importverbote für russisches Gas und Öl unbeeindruckt gezeigt. In einem Leitartikel für das Branchenjournal "Energetitscheskaja Politika" ("Energiepolitik") schrieb er:

"Eine vernünftige Alternative zu den Energiequellen aus Russland gibt es kaum. Unter Berücksichtigung des Marktanteils von Russland wird ersichtlich, dass es ohne russische Energieressourcen unmöglich ist, die Energiesicherheit Europas zu garantieren."

Nowaks Worten zufolge werde es noch fünf bis zehn Jahre dauern, bis die EU russisches Öl und Gas vollständig ersetzen könne. Weder die USA noch die OPEC-Staaten hätten genug Kapazitäten, um den Europäern schnell auszuhelfen. Nowak schrieb:

"Darum hängt das Schicksal der europäischen Industrie und das Wohlbefinden der EU-Bürger voll und ganz von der Rationalität der Entscheidungen der EU-Führer ab."

Zugleich verteidigte er die von Russlands Präsident Wladimir Putin geforderte Umstellung der Gas-Zahlungen auf Rubel.

Wegen der russischen Sonderoperation in der Ukraine hat der Westen weitreichende Sanktionen gegen Moskau verhängt. In dem Zusammenhang will Europa auch die Abhängigkeit von russischem Gas verringern. Forderungen nach einem sofortigen Stopp russischer Gaslieferungen hat unter anderem Deutschland jedoch eine Absage erteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62597c2bb480cc33f06a4cc7.jpg>

17:22 (16:22) novorosinform.org: **Ukrainische Spezialdienste planen einen Terroranschlag in Lugansk – MfS der LVR**

Nach Angaben des Ministeriums für Staatssicherheit der LVR bereiten die ukrainischen Sonderdienste einen Terroranschlag in der Hauptstadt der Republik vor.

In der auf der Website des Ministeriums für Staatssicherheit der Volksrepublik Lugansk veröffentlichten Nachricht heißt es, dass die Informations- und psychologischen Zentren der ukrainischen Sonderdienste in sozialen Netzwerken Aufrufe verbreiten, zu einer Kundgebung am 16. April auf dem Theaterplatz in Lugansk zu gehen.

Die Behörde stellt fest, dass die Nachrichten aus dem vom Kiewer Regime kontrollierten Gebiet stammten. Nach Angaben des Ministeriums für Staatssicherheit planen die Sonderdienste einen Terroranschlag zum Zeitpunkt der mutmaßlichen Menschenansammlung an dem dafür vorgesehenen Ort.

Erinnern Sie sich daran, dass früher der Telegram-Kanal „Donbass beschließt“ berichtete, dass ukrainische Provokateure versuchten, am Tag des Totschka-U-Angriffs auf Donezk eine Kundgebung von Donezker Frauen zu organisieren.



https://novorosinform.org/content/images/30/01/43001_720x405.jpg

17:00 de.rt.com: **Litauen entsendet 24 Mediziner in die Ukraine**

Aus Litauen sind am Freitag zwei medizinische Teams in die Ukraine abgereist. Die insgesamt acht Ärzte und 16 Krankenschwestern sollen nach ihrer Ankunft für zwei Wochen in Krankenhäusern arbeiten. Im Gepäck haben sie einem Bericht der Nachrichtenagentur BNS zufolge auch medizinisches Material und Ausrüstung.

Die Entsendung erfolgte auf Bitten der Regierung in Kiew. Ein Berater des Gesundheitsministeriums in Vilnius sagte:

"Wir haben eine Anfrage erhalten, Anästhesisten, Beatmungsgeräte, Orthopäden, Traumatologen und Chirurgen zu schicken. Mit anderen Worten: Am dringendsten benötigt wird Hilfe bei der Durchführung von Operationen und der Behandlung von Traumata und Verletzungen."

Vor der Abreise mussten alle Mediziner den Angaben zufolge an einer von der litauischen Armee organisierten Schulung teilnehmen. Insgesamt hatten sich auf die ukrainische Anfrage mehr als 300 Mediziner freiwillig gemeldet, erklärte der Ministeriumsvertreter.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 15. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol im Stadtteil Wostotschnyj das der Basisstation modernisiert und das Verbindungskabel auf der Wolodarskoje Chaussee wiederhergestellt. Gemeinsam mit dem Zivilschutzministerium der DVR wurden die Hochspannungsleitung Sarja – Pawlopolskaja und Charzysskaja - Sarja kontrolliert. In Nowotroizkoje wurden 150

Meter Leitung wiederhergestellt, die Montage von Armaturen an der Hochspannungsleitung in Wolnowacha läuft.

In Nikolajewka, Tschermalyk, Nowoselowka, Mirnoje, Talakowka, Wolnowacha, Donskoje, Kalinino, Krasnowka, Chlebodarowka, Slatoustowka, Fjodorowka, Komarowka, Mangusch und Wolodarskoje wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR registrieren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 1130 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Kräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 6 Hektar untersucht, 598 explosive Objekte entschärft und humanitäre Hilfe ausgegeben.

Nach Rownopol wurden 84 Flaschen Flüssiggas geliefert. Reparaturarbeiten wurden durchgeführt und die Gasversorgung für Verbraucher in Wolnowacha, Nowotroizkoje und Olginka gemäß den Anfragen wieder in Betrieb genommen.

50 Tonnen Wasser und mehr als 2 Tonnen Brot wurden nach Mariupol geliefert.

In Mariupol, Wolnowacha und Sartana wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:59 de.rt.com: **Bericht: USA wollen Ukraine mit schweren Waffen und Geheimdienstinformationen unterstützen**

Laut Informationen einer US-amerikanischen Zeitung wollen die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung für die ukrainische Armee in ihrem Kampf gegen die russischen Streitkräfte verstärken. Washington hatte bereits Rüstungslieferungen im Umfang von 800 Millionen US-Dollar verkündet.

Die Vereinigten Staaten wollen die nachrichtendienstlichen Informationen ausweiten, die sie den ukrainischen Streitkräften zur Verfügung stellen, um ihnen dabei zu helfen, gegen russische Truppen im Donbass und auf der Krim vorzugehen. Das berichtete die US-amerikanische Zeitung Wall Street Journal am Mittwoch. Dies sei Teil einer Politikveränderung bei der Unterstützung Washingtons für die Ukraine, die auch ein neues Rüstungspaket mit schweren Waffen umfasst.

Nach Angaben aus dem Weißen Haus wurde in der vergangenen Woche beschlossen, die geheimdienstliche Zusammenarbeit zu verstärken, um dem ukrainischen Militär zu helfen, die russischen Truppenbewegungen besser zu erkennen und sie mit Artillerie, Drohnenangriffen und anderen, auch von den USA bereitgestellten Waffen zu treffen.

Im Rahmen der neuen Strategie würden die USA jedoch keine nachrichtendienstlichen Erkenntnisse liefern, die es den Ukrainern ermöglichen würden, Ziele auf russischem Territorium anzugreifen. Das sei eine Einschränkung, die von Washington festgelegt wurde, um die Möglichkeit einer weiteren Ausweitung des Konflikts zu verringern, so der Bericht. Die Zeitung zitiert einen anonymen US-Geheimdienstmitarbeiter:

"Während sich der Konflikt weiterentwickelt, passen wir uns weiterhin an, um sicherzustellen, dass die Agenten die Flexibilität haben, detaillierte und rechtzeitige Informationen mit den Ukrainern zu teilen."

Darüber hinaus erstellte das Büro des Direktors der Nationalen Nachrichtendienste Avril Haines Berichten zufolge einen Leitfaden für den Austausch von Informationen für US-Geheimdienste, während das Büro des Verteidigungsministers einen ähnlichen Leitfaden für militärische Operationen herausgegeben hat.

Die Entscheidung des Weißen Hauses, mehr Informationen an die Ukraine zu geben und Artillerie zur Verfügung zu stellen, signalisiert offenbar einen Wandel in der Herangehensweise der USA an den Konflikt. Zuvor hatte Kiew über mehrere Wochen wiederholt Panzer, Flugzeuge und andere schwere Waffen von den USA und den NATO-Partnern angefordert.

Bisher hatten die USA sich geweigert, Zieldaten weiterzugeben, die es dem Kiewer Militär ermöglichen würden, offensive Maßnahmen zur Rückeroberung der umstrittenen Gebiete im Donbass und auf der Krim zu ergreifen.

Den Berichten zufolge waren es republikanische Gesetzgeber, die angesichts der zu erwartenden Wiederaufnahme der Kämpfe darauf drängten, Kiew zusätzliche Geheimdienstinformationen zur Verfügung zu stellen, was die Regierung dazu veranlasste, die bisherigen Vereinbarungen über den Austausch von Geheimdienstinformationen zu revidieren. In einer Anhörung vor dem Ausschuss für Streitkräfte des Senats am Donnerstag deutete US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die bevorstehende Änderung des Informationsaustauschs mit der Ukraine an und teilte den Mitgliedern mit, dass die Biden-Regierung plane, aktualisierte Leitlinien vorzulegen. Austin erklärte, dass die frühere Anleitung nicht deutlich gemacht habe, dass solche Informationen dazu verwendet werden könnten, den Ukrainern bei einem Angriff auf den Donbass und die Krim zu helfen.

Daraufhin begannen US-Geheimdienste und Pentagon-Beamte mit der Arbeit an der Änderung des Leitfadens. Bidens jüngstes Rüstungspaket sieht erstmalig die Lieferung von Artillerie aus US-Produktion in die Ukraine vor. Berichten zufolge müssen die USA die Ukrainer im Umgang mit den 18 155-mm-Haubitzen und 40.000 Stück Artilleriemunition, die zur Verfügung gestellt werden, noch schulen. Nach Angaben des Pentagons wird diese Ausbildung höchstwahrscheinlich von US-Personal durchgeführt werden, das bereits in Osteuropa stationiert ist.

Zu den weiteren Systemen gehören 200 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ M-113, 100 gepanzerte Humvees, zwei Radargeräte zur Erkennung der Quelle feindlichen Artilleriefeuers, zwei Luftbeobachtungsradargeräte, Claymore-Antipersonenminen sowie Ausrüstungen zum Schutz gegen chemische und biologische Kampfstoffe.

Berichten zufolge liefern die USA auch unbemannte Boote, die hauptsächlich für Aufklärungsaufgaben eingesetzt werden sollen, obwohl einige Beamte spekuliert haben, dass die Ukrainer sie auch für die Bekämpfung von Zielen auf See ausrüsten könnten, wie US-Medien berichten.

Elf in Russland hergestellte Mi-17-Frachthubschrauber sind ebenfalls Teil des jüngsten Unterstützungspakets. Im Jahr 2021 erhielten die Ukrainer bereits fünf Mi-17-Hubschrauber. Die neuen schweren Waffen, die übergeben werden, seien laut Biden "auf den breiteren Angriff zugeschnitten, den wir von Russland in der Ostukraine erwarten".

Den Angaben zufolge verlege Russland angeblich Soldaten in den Süden und Osten der Ukraine, da die erste Phase seiner speziellen Militäroperation, die Reduzierung der

Kampfkraft der ukrainischen Truppen, offiziell als abgeschlossen anerkannt wurde. Die Atempause in den Feindseligkeiten nutzte die Ukraine, um den Westen verstärkt um mehr Rüstung und Sanktionen gegen Russland zu bitten.

Tausende von Javelin-Panzerabwehrwaffen, Stinger-Flugabwehrsystemen und anderen Waffen wurden bereits von den USA an die Ukraine geliefert. Die USA stoppten hingegen die Lieferung von Kampfflugzeugen an die Ukraine, da ein solcher Schritt nach Ansicht des Weißen Hauses dazu führen könnte, dass Russland die USA als Kriegspartei in dem Konflikt einstuft. Washington weigerte sich auch, der Forderung der Ukraine nachzukommen, dass die USA und die NATO-Länder eine Flugverbotszone über dem Land verhängen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6258134048fbef397921df0c.jpg>

abends:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 15.4.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 145 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurde **ein Zivilist verletzt**, 5 Wohnhäuser wurden beschädigt. Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 52 ukrainische Nationalisten, einen Panzer, eine Feuerposition eines Abwehrgeschützes SU-23-2 und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Schützenpanzer, ein Feldartillerielager und 2 Lastwagen wurden eingenommen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in der letzten Woche 28 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben, 127 wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 1. April 2022 hat eine Sturmgruppe der 3. Brigade unter Kommando des Kommandeurs Oberleutnant Dmitrij Igorjewitsch Syrowatjuk bei Angriffshandlungen im Gebiet von Werchnetorezkoje einen Durchbruch durch die befestigten Positionen des Gegners unternommen. Unter stürmischem Feuer konnte sich die Sturmgruppe dank dem fachkundigen Kommando und koordinierten Handlungen auf den Positionen festsetzen, die Einheiten des Gegners unter Beschuss nehmen und in die Tiefe des von den Nationalisten verteidigten Territoriums vordringen. In der Folge des Kampf wurde mehr als eine Kompanie Personal des Gegners vernichtet, drei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wurden gefangen genommen. Dank den Aktivitäten der Einheiten wurden die Kräfte des Gegners zerschlagen und zogen sich zurück. Die Eingenommenen befestigten Positionen erlaubten es unseren Truppen, Offensivhandlungen zur Befreiung von Werchnetorezkoje zu entwickeln.

Zur Sturmgruppe gehörten:

Leutnant Alexandr Wladimirowitsch Lunin,
Leutnant Sergej Georgijewitsch Paschtschenko,
Unterfeldwebel Gennadij Gennadijewitsch Sabolotskij,
Feldwebel Wladimir Petrowitsch Galitsch,
Gefreiter Oleg Wassiljewitsch Mzenko,
Unterfeldwebe Ruslan Jurjewitsch Pelogej.

18:20 de.rt.com: **Russland weist 18 Diplomaten der EU-Mission in Moskau aus**
Russland hat 18 Mitarbeiter der EU-Vertretung in Moskau zu unerwünschten Personen erklärt. Sie müssen das Land in nächster Zeit verlassen, gab das russische Außenministerium in einer Mitteilung bekannt.

Mit der Maßnahme reagierte Moskau auf die kürzliche Ausweisung von 19 Diplomaten der ständigen russischen Mission bei der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Das Außenministerium habe den EU-Botschafter in Russland Markus Ederer vorgeladen, um den entschiedenen Protest Russlands gegen die unfreundlichen Handlungen der Europäischen Union einzulegen, hieß es in der Erklärung der Behörde.

Das Außenministerium machte die EU auch für die "konsequente Zerstörung der über Jahrzehnte aufgebauten Architektur des bilateralen Dialogs und Zusammenarbeit" verantwortlich und wies Ederer darauf hin, dass die EU die Vorgaben des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen von 1961 strikt einhalten müsse.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62599a84b480cc32f40155cc.jpg>